



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mahlke, A.: Das Wachstum der Großstädte

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

im fünfzehnten Jahrhundert der Adriafrage des Mittelalters ein Ende gemacht, ihr Niedergang hat sie in unfern Tagen aufs neue, wenn auch in andern Formen, zum Leben erweckt.



Das Wachstum der Großstädte

Von U. Mahlke



Die Bevölkerung des Deutschen Reichs ist in überaus starker Zunahme begriffen. In den letzten Jahren hat die Zahl der jährlichen Geburten die der Todesfälle fast um eine Million übertraffen. Eine Folge dieser Zunahme muß das weitere starke Anwachsen der Bevölkerungszahlen der Städte, und besonders der großen Städte sein. Da die Landwirtschaft nur einer begrenzten Anzahl von Menschen Beschäftigung und Unterhalt zu gewähren vermag, so wird sich der überzählige Teil der Landbevölkerung der Industrie und dem Handel zuwenden und zur Auffuchung von Arbeitsgelegenheit in die Städte übersiedeln müssen.

Der Zuzug erfolgt aber hauptsächlich nach den großen Städten. In dem Jahrzehnt von 1890 bis 1900 vermehrte sich die Bevölkerung des Deutschen Reichs um sieben Millionen. Hiervon entfiel mehr als ein Drittel, etwa zwei und eine halbe Million, auf die Städte mit mehr als 100000 Einwohnern. Im Jahre 1890 wohnte in diesen etwa der achte Teil der Gesamtbevölkerung, im Jahre 1900 dagegen schon ein Sechstel aller Reichsbürger. Und dieses Anwachsen der großstädtischen Bevölkerung ist eingetreten, obgleich die natürliche Vermehrung in den großen Städten weit geringer ist als auf dem Lande!

Die Verringerung der natürlichen Vermehrung ist eine der zahlreichen für den Gesamtstaat nachträglichen Erscheinungen, die gerade die Zunahme der großstädtischen Bevölkerung im Gefolge haben. Es betrug beispielsweise für Berlin die Zahl der auf je 1000 Einwohner im Jahre eintretenden Geburten für 1900 nur 30, dagegen für das gesamte Deutsche Reich 37. Die Zahl der Geburten belief sich im ersten Jahrzehnt nach der Reichsgründung auf 41, ist also seitdem um ein Zehntel zurückgegangen. Der Rückgang der Geburtenzahl erklärt sich ganz allein aus der stärkern Zunahme der städtischen Bevölkerung gegenüber der ländlichen, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung in demselben Zeitraum von etwa zwei Dritteln auf weniger als die Hälfte gesunken ist.

Noch bedenklicher als die Verminderung der Geburtenzahl durch das Anwachsen der Großstädte ist die hierdurch bewirkte Beeinträchtigung der Kraft und Gesundheit des gesamten Volkstums. Dies zeigt sich vor allem bei der Aushebung zum Militärdienst. In der Provinz Brandenburg unter Ausschluß von Berlin sind unter den Gestellungspflichtigen nahezu doppelt so viele diensttaugliche Mannschaften als in der Stadt Berlin.

Wenn es nun schon nicht zu vermeiden ist, daß sich die städtische Bevölkerung auf Kosten der Landbevölkerung vermehrt, so wäre es immerhin zu

wünschen, daß nicht einige wenige Millionenstädte heranwüchsen, sondern daß sich dafür eine große Anzahl kleiner Städte bildete. Wenn an Stelle einer Anhäufung von einer Million Menschen an einem Orte zwanzig im ganzen Lande verteilte Städte von je etwa 50 000 Einwohnern entstünden, so würden hierdurch die bedenklichsten der aus dem Anwachsen der Städte hervorgehenden Übelstände vermieden.

Die Ursache für das fortwährende Hinzuströmen der auf dem Lande überzähligen Bevölkerung nach den Großstädten ist zunächst in dem Umstande zu suchen, daß in den Großstädten für die Beschäftigungslosen die Wahrscheinlichkeit, lohnende Arbeit zu finden, am größten ist. Das immer vorhandne Angebot vieler Arbeitskräfte veranlaßt wiederum in den großen Städten die Entstehung und die Ausbildung großer industrieller Unternehmungen, wodurch dann von neuem Arbeitsuchende vom Lande in die Großstädte gelockt werden.

Nun ist aber, abgesehen von den mit dem Bergbau unmittelbar verknüpften Industriezweigen, dank unsern gegenwärtigen Verkehrsmitteln der gesamte übrige Teil unsrer Industrie völlig unabhängig in der Wahl des Ansiedlungsortes. Fast jede Fabrik kann in irgendeinem beliebigen Dorfe mit Eisenbahnhaltestelle ebenso gut gedeihn wie in einer Millionenstadt. Für die Industriezweige, die auf den Transport von Massengütern angewiesen sind, ist allerdings außer Eisenbahn- noch Wasser Verbindung nötig. Doch auch für diese bieten die in reicher Menge in Deutschland vorhandenen schiffbaren Flüsse und Kanäle an ihren Ufern Raum genug. Für das Zusammenfiedeln fast aller Fabrikunternehmungen in den Großstädten ist gar kein wirtschaftlicher Grund vorhanden. Könnte man diese aus den großen Städten in Dörfer und Kleinstädte verlegen, oder könnte man wenigstens veranlassen, daß Neugründungen nur in diesen stattfänden, so würde das weitere Anwachsen der Großstädte einigermaßen gehemmt und die hiermit verbundenen Übel wesentlich vermindert werden.

Gegenwärtig ist offenbar schon die Neigung vorhanden, mit den Fabriken aus den Großstädten auf das Land überzusiedeln. So ist die Fabrik von Schwarzkopff aus dem Norden Berlins nach Wilbau, fast vier Meilen im Osten von Berlin, verlegt worden, die Vorsigische Fabrik in das Gebiet von Tegel. Ähnliche Beispiele lassen sich noch von Leipzig, Nürnberg und andern Großstädten aufzählen. Bis jetzt sind diese Beispiele aber nur vereinzelt. Gewohnheit und Bequemlichkeit werden deren allgemeine Nachahmung noch für lange Zeit verhindern.

Zur Veranlassung der weitem Übersiedlung der Industrie aus den Großstädten auf das Land bedarf es der Einwirkung des Staates, und eine solche ist möglich durch Einführung einer Personalsteuer für die Großstädte. In den großen Städten und nur in diesen müßte von jedem Arbeitgeber eine Steuer erhoben werden, bemessen nach der Zahl der von ihm beschäftigten Personen, von jedem Fabrikbesitzer für seine Beamten und Arbeiter, von jedem Ladeninhaber für seine Angestellten, von jedem Kaufmann für sein Bureaupersonal, von jedem Haushaltungsvorstand für seine Dienstboten. Diese für den Kopf des beschäftigten Personals zu entrichtende Steuer müßte für jede Großstadt um so höher bemessen werden, je größer ihre Einwohnerzahl ist. Damit aber

der Industrie Gelegenheit gegeben werde, sich diesen neuen Bedingungen allmählich anzupassen, müßten die höhern Stufen, die in den größern Städten zu erheben sein würden, erst nach Verlauf eines angemessenen Zeitraums eingeführt werden.

Diesen Bedingungen würde etwa folgender Plan entsprechen:

1. In jeder Stadt von mehr als 50 000 Einwohnern muß zunächst von jedem Arbeitgeber für den Kopf seines Personals eine jährliche Steuer von 12 Mark entrichtet werden.

2. Diese Steuer wird für die Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern nach Verlauf von fünf Jahren auf 24 Mark erhöht, bleibt dagegen in den Städten mit 50 000 bis 100 000 Bewohnern auf dem Betrage von 12 Mark.

3. Nach Verlauf von weitem fünf Jahren bleibt die Steuer in den Städten mit weniger als 250 000 Einwohnern unverändert und wird in den Städten mit höherer Bevölkerungszahl auf 36 Mark erhöht.

Weitere Erhöhungen dieser Steuer für Städte mit mehr als 500 000 Einwohnern wären nach Ablauf von fünf Jahren in Aussicht zu nehmen, soweit in diesen die Zunahme größer sein sollte, als sie im Durchschnitt im ganzen Reiche beträgt, wo sie zurzeit etwa anderthalb Prozent im Jahre ausmacht. Da in den Großstädten die natürliche Vermehrung weit geringer ist, so könnten diese auch unter den nach Einführung einer solchen Personalsteuer eintretenden neuen wirtschaftlichen Verhältnissen eine bedeutende Einwanderung aufnehmen, und es wäre ihnen auch dann noch eine reiche Entwicklungsmöglichkeit gelassen.

Die Erhebung dieser Steuer würde keinerlei technische Schwierigkeiten bereiten; sie könnte durch die Einzelstaaten erfolgen, denen ein Teil des Betrags überlassen würde, während der Rest an die Reichskasse abgeführt werden müßte.

Zurzeit leben im Deutschen Reiche in den Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern gegen fünfzehn Millionen Menschen. Von diesen würden 40 bis 45 Prozent für die Steuer in Betracht kommen, sodaß diese für etwa sechs Millionen zu entrichten sein würde. Bei ihrer ersten Einführung würde die Steuer also 70 bis 80 Millionen Mark einbringen, nach zehn Jahren aber auf mehr als das Doppelte steigen. Auch wenn von diesen Summen ein Drittel den Einzelstaaten bliebe, würde der Rest genügen, der Reichsfinanznot einigermaßen abzuhelpfen.

Hiervon abgesehen würde eine solche großstädtische Personalsteuer jedenfalls in volkswirtschaftlicher Hinsicht die allergrößten Vorteile bieten. Wenn es gelänge, einen wesentlichen Teil der Industrie aus den Großstädten auf das Land zu verpflanzen, so würde die Arbeiterbevölkerung unter viel gesündern Lebensbedingungen existieren können. Die Hunderttausende, die alljährlich aus den Kleinstädten und vom Lande in die Großstädte strömen, sind zu einem jähen Wechsel ihrer Lebensgewohnheiten gezwungen, der unbedingt sehr nachteilig wirken muß. Durch einen viele Kilometer dicken Steinwall von Feld und Wald getrennt, müssen sie oft in den engsten Wohnverhältnissen leben und obendrein infolge der hohen Mietpreise den Mehrertrag daran geben, den sie aus der lohnendern Arbeit in der Großstadt gegenüber ihrer bisherigen Beschäftigung auf dem Lande erhalten. Daß diese Lebensbedingungen von der

Arbeiterbevölkerung in den großen Städten als bedrückend empfunden werden, ist an den großen Opfern zu erkennen, die sie bringt, um sich durch Pachtung und Unterhaltung kleiner Gärten in den sogenannten Laubenkolonien oder Schrebergärten etwas den frühern Lebensgewohnheiten ähnliches zu verschaffen. Dies würde sich in Kleinstädten und auf dem Lande ohne jede Schwierigkeit erreichen lassen.

Eine noch viel größere Wohltat als für die erwachsne Arbeiterbevölkerung bedeutet die Übersiedlung der Industrie auf das Land für die heranwachsende Jugend. Man denke nur daran, daß die Kinder der Arbeiter aus der Schwarzkopffschen Fabrik jetzt in den Wäldern an der Oberspree aufwachsen können, während das sonst im Norden Berlins, in der Gegend der durch den Prozeß Berger zu trauriger Berühmtheit gelangten Ackerstraße geschehen wäre!

Auch für die Fabriken selbst bietet die Übersiedlung auf das Land vielerlei Vorteile. In den Großstädten pflegen die Arbeiter sehr oft und meist ohne Grund ihre Arbeitstätte zu verlassen. Die hierdurch in den Betrieben auftretende Notwendigkeit, fortwährend neu eingestellte Arbeiter anlernen zu müssen, ist die Ursache für mancherlei Verluste. Auf dem Lande würde es den Betrieben leichter werden, sich eine ständige Arbeiterschaft zu erhalten, und die Arbeiterbevölkerung würde überhaupt viel seßhafter sein. Ferner sind Erweiterungen von Fabrikanlagen in den Großstädten wegen der enorm hohen Grundpreise nur mit Aufwand von großen Mitteln durchzuführen, dagegen ist auf dem Lande der Boden so billig, daß Erweiterungsbauten bedeutend erleichtert würden. Die zunächst in Aussicht genommenen Steuerfäge von 12 bis 36 Mark könnten jedenfalls von der Industrie ohne allzu große Beschwerde getragen werden, sie würden bei Neugründung von Fabrikanlagen aber für die Verlegung in kleine Ortschaften ausschlaggebend wirken, und hierdurch allein würde voraussichtlich schon das Anwachsen der Großstädte auf das wünschenswerte Maß zurückgeführt werden. Daß die Kosten für die Verlegung der Fabriken im allgemeinen nicht so drückend sein werden, wie es zunächst erscheint, ergibt sich, wenn man bedenkt, daß ohnehin in jedem Fabrikbetriebe die innere Einrichtung erneuert werden muß. Die der Verlegung entgegenstehenden Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich, da der Zeitpunkt für die Verlegung innerhalb eines langen Zeitraums passend gewählt werden kann und hierfür kaum höhere Mittel nötig sind, als für die normalerweise im Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren stattfindende Erneuerung der gesamten Betriebsrichtungen.

Bedenken ernster Art gegen die großstädtische Personalsteuer könnten nur aus der Überlegung entstehen, daß dadurch in den Großstädten eine Ausbreitung der Unternehmungen mit Heimarbeitern auf Kosten der Fabrikbetriebe begünstigt würde. Hierdurch würden sich allerdings viel ungünstigere Zustände als die gegenwärtig bestehenden ausbilden können. Wenn man dem begegnen will, so würde es sich vielleicht empfehlen, in den Großstädten neben der Personalsteuer für alle Unternehmungen mit Heimarbeitern eine Umsatzsteuer einzuführen, die so hoch zu bemessen wäre, daß eine Umwandlung der Fabrikbetriebe in solche mit Heimarbeitern ausgeschlossen sein würde.

Für die Großstädte selbst würde eine Verlangsamung ihres Anwachsens

segenreich wirken. Gegenwärtig müssen diese ungeheure Mittel für Erweiterungsbauten aufbringen. Zahlreiche Schulen und Kirchen müssen jedes Jahr neu errichtet, die städtischen Anlagen für Kanalisation, Wasserleitung usw. in großem Maßstabe erweitert werden. Die Lasten für die Beschaffung dieser enormen Beträge sind vorwiegend von den schon länger am Orte ansässigen Einwohnern zu tragen, da die neu hinzukommenden meist wenig steuerkräftig sind. In Zukunft würde sich diese den Großstädten aus ihrem rapiden Anwachsen entstehende Belastung, die der Hauptsache nach nur im Interesse der Bodenspekulation erfolgt, stark vermindern. Die dadurch frei werdenden Mittel könnten alsdann für Verbesserung der schon bestehenden Anlagen im Interesse der schon längere Zeit ortsansässigen Einwohnerschaft verwandt werden. Auch würden bei Verminderung der Zuwanderung von außerhalb die Bodenpreise in den Großstädten nicht mehr so rasch ansteigen wie bisher. Dies ist aber eine Bedingung für die Verhütung der weitem Vermehrung des in den Großstädten fast durchweg bestehenden Wohnungselends.

Trotz der verringerten Zunahme bliebe den Großstädten noch eine reiche Entwicklungsmöglichkeit. Legt man den oben angenommenen Zuwachs von anderthalb Prozent im Jahre bei Berechnung der Entwicklung der Großstädte zugrunde, so wird Berlin mit seinen Vororten um die Mitte dieses Jahrhunderts sechs Millionen Einwohner haben, also so viel wie gegenwärtig London. Hamburg mit den angrenzenden Städten hat alsdann mehr als zwei Millionen Bewohner und nähert sich an Größe dem jetzigen Paris. München, Dresden, Leipzig und Breslau werden bis dahin zu Millionenstädten auswachsen können, Köln, Frankfurt a. M., Hannover und andre Städte ihnen folgen.

Bei Fortdauer der gegenwärtigen Zustände würde diese Entwicklung aber schon im dritten Jahrzehnt unsers Jahrhunderts vor sich gehn. Daß ein so rapides Anwachsen in den nächsten beiden Jahrzehnten ernstlich zu befürchten ist, läßt sich leicht übersehen. Im Jahre 1925 wird das Deutsche Reich achtzig Millionen Bewohner haben, falls nicht eine schwere äußere Katastrophe eintreten sollte. Von der bis zu diesem Zeitpunkte zu erwartenden Zunahme von zwanzig Millionen wird mindestens ein Drittel auf die genannten Großstädte entfallen und diese somit bis dahin auf die angegebenen Bevölkerungszahlen anwachsen. Dieser Aussicht gegenüber scheint es durchaus geboten, die Entwicklung der Kleinstädte durch Beschränkung des Anwachsens der Großstädte zu begünstigen.

Auch die Landwirtschaft würde von der durch Dezentralisation der Industrie begünstigten Entstehung zahlreicher im ganzen Lande verteilter Kleinstädte in vielfacher Beziehung Nutzen ziehn. Jedes städtische Gemeinwesen bewirkt in seiner nächsten Umgebung eine Hebung der Landwirtschaft. Es bietet zunächst einen bequemen Markt für die Abnahme der Produkte aus der ländlichen Wirtschaft, und andererseits sind die Abfuhrstoffe aus der Stadt eine wesentliche Bedingung für das Gedeihen des Landbaues. Diese Wechselwirkung zwischen Stadt und Land ist aber auf sehr eng begrenzte Entfernungen beschränkt. Deshalb kann eine einzige Großstadt für das Gedeihen der Landwirtschaft im Staate nicht so günstig wirken wie zahlreiche im ganzen Gebiete

möglichst gleichmäßig verteilte Kleinstädte. Dieser Umstand gibt eine Erklärung für die Tatsache, daß es der Landwirtschaft im stark bevölkerten Westen unſers Vaterlandes weit beſſer ergeht als im ſtädtearmen Oſten.

Die Landwirtschaft bedarf ferner zu beſtimmten Zeiten des Jahres einer bedeutend erhöhten Anzahl von Arbeitskräften. In frühern Zeiten fanden dieſe Arbeitskräfte während der Monate, wo ſie für den Feldebau nicht benötigt wurden, Beſchäftigung durch Hausindustrie. Da dieſe aber durch den Fabrikbetrieb nahezu völlig beſeitigt worden iſt, ſo wird es für die Landwirtschaft unmöglich, die zu den Zeiten ihrer größten Arbeitsſtätigkeit nötige Zahl von Arbeitskräften das ganze Jahr lang zu erhalten. Werden nun Industrie und Landwirtschaft einander räumlich näher gebracht, als dieſes gegenwärtig der Fall iſt, ſo wäre es möglich, daß die Industrie in den Zeiten der Feldebeſtellung und der Ernte ihre Betriebſtätigkeit etwas einſchränkte und einen Teil ihrer Arbeitskräfte der Landwirtschaft vorübergehend zur Verfügung ſtellte. Hierdurch würde der im Wirtschaftsleben unheilvoll wirkende Gegenſatz zwischen Landwirtschaft und Industrie glücklich beſeitigt. Dieſes iſt aber nur möglich, wenn die räumliche Trennung zwischen beiden aufhört.

Die Abwanderung der Bevölkerung vom Lande würde ſich voraussichtlich ſtark vermindern. Die nach einer Großſtadt übergeſiedelten Arbeitskräfte ſind der Landwirtschaft für immer verloren. Sie bleiben in dieſen auch zur Zeit der ſchwerſten Induſtriekriſen. Aus den Kleiſtädten dagegen würde in ſolchen Zeiten eine Rückwanderung auf das Land erfolgen, und damit würde dem Mangel an Arbeitskräften für den Landbau vorgebeugt werden.

Auf dieſe Weiſe wäre, ohne einen Aufwand von Staatsmitteln nötig zu machen, eine innere Koloniſation durchgeführt, die in jeder Richtung vorteilhaft wirken würde. Aus dem Weſten würde ſich die Industrie allmählich nach dem Oſten ausdehnen, und es würde eine gleichmäßigere Verteilung der Bevölkerung über das ganze Reichsgebiet eintreten. Durch die Zuwanderung aus dem Weſten nach dem Oſten würde das Übergewicht der deutſchen Bevölkerung dort hergeſtellt und damit erreicht werden, was von der preußiſchen Regierung gegenwärtig mit einem Aufwande von Hunderten von Millionen angeſtrebt wird.

Die kleinen verkümmerten Landſtädte des Oſtens würden einer neuen Entwicklung entgegengehen, und in dieſen ſowie in den entſprechenden Neubildungen der weſtlichen Gebiete würde ſich der Mittelſtand, für deſſen Gedeihen die Großſtädte keine günſtigen Bedingungen mehr zu bieten ſcheinen, einer neuen Blüte erfreuen. Die Übermacht des Großkapitals, der der Mittelſtand in den Großſtädten erliegt, kann ſich im Wirtschaftsleben der Kleiſtädte nicht in derſelben Weiſe geltend machen, und der Mittelſtand vermag ſich darum in dieſen dem Großkapital gegenüber lebenskräftig zu erhalten.

Daß trotz alledem die von dieſer Steuer direkt Betroffenen ihrer Einführung den hartnäckigſten Widerſtand entgegenſetzen würden, iſt vorauszuſehen. Vielleicht würde aber ein großer Teil davon zu der Einſicht kommen, daß die allerdings zunächſt eintretende Beſtätigung durch andre damit verbundene Vorteile wieder ausgeglichen wird. Da nämlich durch das gerade in den nächſten Jahren zu erwartende beſonders ſchnelle Anwachen der Großſtädte eine bedeutende Steigerung

des Bodenwertes und damit auch des Wohnungsmietpreises in Aussicht steht, so würde dieser zu befürchtenden Verteuerung des großstädtischen Lebensunterhalts durch Einschränkung der Zuwanderung nach den Großstädten entgegengewirkt werden können, und der großstädtische Familienvater kann die für sein Personal zu entrichtende Steuer als eine Art Versicherungsprämie ansehen gegen weitere Steigerung seiner Wohnungsmiete. Desgleichen auch der Ladeninhaber, wie auch der Gewerbetreibende. Diese Steuer würde in Wahrheit nicht von den mit ihr unmittelbar Belasteten getragen werden, sondern von der großstädtischen Bodenpekulation.



Amerikanische Strafrechtspflege



In der Botschaft des Präsidenten Roosevelt vom 2. Dezember 1902 heißt es u. a.: „Diese Nation hat nahezu einen ganzen Kontinent zwischen zwei Meeren inne. Sie setzt sich zusammen aus den Nachkommen von Pionieren und aus Leuten, die selbst Pioniere sind; aus Männern, die gleichsam ausgefiebt wurden aus den Völkern der Alten Welt durch die Energie, Kühnheit und Abenteuerlust, die sich in ihren stürmischen Herzen fand. Eine solche Nation auf einem solchen Boden muß dem Schicksal den Erfolg abringen.“ Das ist unbestreitbar. Es wäre sogar eine Kunst, nicht reich und glücklich zu werden, wenn geweckte, energische und unternehmungslustige Männer, ausgerüstet mit den in jahrtausendelanger Arbeit erworbenen geistigen und materiellen Hilfsmitteln einer hohen Kultur, einen fruchtbaren Boden von unermesslicher Ausdehnung zu eigen erhalten, den ihre Arbeitskraft nicht völlig auszunutzen vermag, auf dem sie einander nicht einzuschränken, zu hindern brauchen, und in dessen Benutzung sie weder durch den Druck alter Vorrechte und schwerer Staats- oder Schuldenlasten noch durch auswärtige Feinde gestört oder beeinträchtigt werden. Daß es diese Vereinigung aller Gunst der Natur und der Vorteile des Naturzustandes mit den Hilfsmitteln der Zivilisation ist, was den Reichtum Amerikas begründet hat, das erkennen wir wieder einmal recht deutlich aus den Schilderungen des Amtsrichters Dr. Hintrager, der sich zweimal längere Zeit drüben aufgehalten, das dortige Leben gründlich studiert hat und darüber in seinen Reiseskizzen berichtet, die unter dem Titel *Wie lebt und arbeitet man in den Vereinigten Staaten?* voriges Jahr bei F. Fontane u. Co. in Berlin und Leipzig erschienen sind. Noch werden drüben die herrlichsten Waldbestände vernichtet, wenn sie dem Ansiedler im Wege sind; noch läßt die Farmerfrau massenhaft Nahrungsmittel wie Eier umkommen, weil sie mehr hat, als sie verbrauchen kann, und für den Überfluß keinen Absatzmarkt findet. Die Schulen werden mit einem Sechsenddreißigstel des Bodens dotiert (in jeder sechsenddreißig Quadratmeilen umfassenden Township des Westens gehört eine Quadratmeile den Schulen), die Schulräcker aber so lieberlich verwaltet, daß die Kosten des Jugendunterrichts größtenteils durch